

Kampf gegen die Partei, der Antikommunismus, breit ins Feld geführt wurde. Ein Beispiel dafür: In einem unserer volkseigenen Betriebe gab es eine Losung: Es lebe die Kommunistische Partei der Sowjetunion! Diese Losung hatte man verändert. In diesem Betrieb gibt es zwei Parteimitglieder. Die Genossen kamen ins Büro der Kreisleitung und fragten, was sie tun sollten. Wir sagten: Wir wollen gemeinsam eine Versammlung durchführen. Das Büro und die beiden Genossen haben beraten, welche Argumentation wir dort vertreten wollen, um alle Arbeiter von der Feindlichkeit des Antikommunismus zu überzeugen, aber auch, um sie gleichzeitig davon zu überzeugen, wie richtig die Herstellung der Aktionseinheit ist. Wir sagten also: Richtige sozialdemokratische Klassengenossen können nie eine solche Losung verändert haben; das sind andere Elemente. Wir haben weiter gesagt: Von wo geht die Kraft des Friedens aus? Von dort, wo die Kommunisten wirken, weil sie die konsequentesten Vertreter des Friedens sind, und wer ein Feind des Kommunismus ist, der kann nicht für den Frieden sein. Der Sekretär der Kreisleitung hat auf dieser Versammlung gesprochen und mit Hilfe der Genossen alles dargelegt. Was zeigte sich in dieser Versammlung? Alle in diesem Betrieb waren der Meinung: In unserem Betrieb gibt es keinen organisierten Sozialdemokraten. Nachdem aber die Aussprache begann und die Kollegen forderten, er solle sich melden, trat ein Kollege auf und sagte: „Ich bin Sozialdemokrat; aber ich möchte erklären, daß ich und meine Genossen in dieser Beziehung nichts getan haben.“ Jetzt aber Staunen auf seiten der Mitglieder unserer Partei: Wir haben noch gar nicht gewußt, daß es hier organisierte Sozialdemokraten gibt. In dieser Versammlung erklärten schließlich zwei, daß sie diese Losung verändert hätten. Es gab eine große Auseinandersetzung darüber. Aber die Partei ist gewachsen und wurde stärker, und hiermit ist bewiesen, wie gerade der Kampf gegen den Antikommunismus zur Stärkung der Partei führt.

Das Zentralkomitee fordert, in den Kreisen die Aussprache über das Friedensmanifest, die Erklärung der Moskauer Beratung und die Volkskammererklärung zu führen. Da sagten sich unsere Genossen Parteifunktionäre: Es weihnachtet; es will keiner zu Versammlungen kommen, was sollen wir tun? Wir haben versucht, Versammlungen zu organisieren, aber sie waren schwach besucht. — Wir haben daraufhin im Büro beschlossen, daß wir zu den Weihnachtsfeiern, die überall stattfinden (in jedem Kreis gibt es 65 Wirkungsbereiche, und in jedem kommen mindestens in Versammlungen 200 Menschen zusammen; in vielen Betrieben führt man auch sogenannte Julklappfeierlichkeiten durch), als Partei gemeinsam mit der Nationalen Front die Referenten stellen wollen und als Hauptthema das Friedensmanifest unter den Weihnachtsbaum legen wollen. Es wurden einige tausend Menschen davon erfaßt. Dabei hat sich eine weitere Sache für uns in Berlin gezeigt.

Der Westberliner Senat, an der Spitze Brandt, hat den Terror gegen unsere Partei in Westberlin besonders zur Weihnachtszeit auf die Tagesordnung gesetzt. (Ausschluß der SED-Mitglieder von der Weihnachtsgratifikation.) Wir haben es umgedreht. Wir haben eine große Solidaritätsbewegung entfaltet. Wir haben gesagt: wenn wir damit anfangen, entlarven wir erst einmal das Undemokratische des Westberliner Senats, zerschlagen die Auffassung, in Westberlin herrscht Freiheit und Demokratie, und stärken das Ansehen der Partei. Darüber fand eine Besprechung mit den Parteifunktionären statt. Ja, sagten einige Genossen, wenn wir das nur vom Standpunkt der Friedenskämpfer aus tun, also „Solidarität für den Friedenskampf“, dann werden mehr Mark herauskommen. Nein, haben wir gesagt, an die Spitze muß man stellen: Es geht um die Mitglieder der SED, die in Westberlin unterdrückt und terrorisiert werden. Das Ergebnis dieser beharrlichen Arbeit ist im Augenblick eine Summe, die in unseren volkseigenen Betrieben zustande kam, von rund 10 000 DM. Wir glauben, damit ein Stück konkreter Massenarbeit zu leisten, um dadurch unseren Werktätigen die Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands noch besser erklären zu können.